

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

Lfd. Nr.	Antrag / Anregung	Antrag-steller	Vor-bera-tung	Handlungsfeld	Stellungnahme der Verwaltung	Beschlussempfehlung BSB 28.11.2023 und IWU 29.11.2023	Entscheidung im Gemeinderat vom 06.12.2023
1	Übersicht über den Stand der Anträge aus dem Haushalt 2024/2025 nach der Sommerpause 24	Freie Wähler	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Der jeweils aktuelle Bearbeitungsstand der Haushaltsanträge kann den Gemeinderäten nach der Sommerpause 2024 zur Verfügung gestellt werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
2	Prüfauftrag: Welche sanierungsbedürftigen Immobilien bzw. Grundstücke können verkauft werden? (insbesondere dort wo großer Sanierungsbedarf bzw. keine Pläne für Bebauung bestehen)	Freie Wähler	IWU	Wohnen und Quartiere	Bereits im Rahmen der Mittelanmeldung wurden von der Verwaltung der Verkauf / Erbbaurecht der Grundstücke / Objekte berücksichtigt, die die Stadt nicht zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Dies sind insbesondere Dreikönigstraße 17, Lichtensteinkindergarten, Kornstraße 4, Bauplatz südlich des Rathauses in Ötlingen sowie weitere Grundstücke in den Teilorten. Im Rahmen der Beratungen kamen weitere Flächen dazu wie die Kinderkrippe in Lindorf. Darüber hinaus ist die Stadt im Eigentum von sanierungsbedürftigen Gebäuden in der Wollmarktstraße oder am Postplatz. Dabei handelt es sich um Objekte, die für eine künftige Entwicklung von Quartieren und Schulstandorten wichtig sind. Ein strategisch geleiteter Erwerb von Objekten, eine generationsübergreifende wirksame Bodenpolitik für zentrale bedeutsame innerstädtische Quartiere liegen den Entscheidungen, einige Objekte trotz Sanierungstau zu halten und auch nicht zu sanieren, zugrunde. Die Wohngebäude sind fast alle für den Übergang auf den SWK vorgesehen und werden für Unterbringungszwecke zwingend benötigt zur Erfüllung der städtischen Pflichtaufgaben. Eine Veräußerung zum jetzigen Zeitpunkt (dieser sanierungsbedürftigen Gebäude) würde die Notwendigkeit von Ersatzerwerben oder Anmietungen zur Folge haben.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
3	Erstellung eines Konzeptes für Dynamisierung des Gebührensystems bei städt. Dienstleistungen	Freie Wähler	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Nach § 2 Abs. 1 Satz 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) soll die Satzung unter anderem den Maßstab und den Satz der Abgabe bestimmen. Eine Satzung muss bestimmt sein. Dies bedeutet auch, dass eventuell Gebührenpflichtige die zu leistende Gebühr im gewissen Umfang im Voraus berechnen können müssen. Dies könnte bei einer festgesetzten Dynamisierung dem Bestimmtheitsgrundsatz aus Art. 20 Abs. 3 GG entgegenstehen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Die Satzung kann somit zumindest in Teilen nichtig werden. Darüber hinaus dürfte die Beschlussfassung des Gemeinderats zu den Gebührentatbeständen ebenso dem Bestimmtheitsgrundsatz entgegenstehen. Die Gebühren nach dem KAG dürfen nur in Abhängigkeit von Art und Umfang, nicht aber zeitlich progressiv gestaltet werden. Die Gebührenbemessung ist in der Regel durch Kalkulation nachzuweisen. Nach § 14 Abs. 2 KAG kann der Kalkulationszeitraum höchstens 5 Jahre betragen. Die Verwaltung befürwortet die kontinuierliche Überprüfung der Gebührensätze und deren regelmäßige Anpassung. Beispielsweise soll bei den Kita-Gebühren ein Grundsatzbeschluss zu den Erhöhungen gefasst werden. Allerdings sind die Gebührensätze nach wie vor durch den Rat jährlich zu beschließen.	6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
4	Durchführung einer Verwaltungsübergreifenden strukturierten Aufgabenkritik und Organisationsentwicklung.	Freie Wähler	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Eine Aufgabenkritik ist aufgrund der Haushaltslage zwingend erforderlich. Diese muss über die gesamte Verwaltung erfolgen. Mit einer Aufgabenkritik verbunden ist gleichzeitig eine Standarddiskussion. Die Aufgabenkritik, also auch die Standarddiskussion muss zusammen mit dem Gemeinderat geführt werden. Derzeit wird verwaltungsintern geprüft, wie ein möglicher Prozess und Zeitplan dazu aussehen kann. Organisationsentwicklung ist ein stetiger Prozess und wird auch kontinuierlich durchgeführt. Soweit organisatorische Anpassungen erforderlich sind, werden diese auch vorgenommen (-> Stichwort: kontinuierliche OE-Untersuchungen durch SG Digitalisierung und Prozessoptimierung).	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
5	Erstellung eines Planes zur Aufwertung des Kirchheimer Stadtparkes, insbesondere durch die Ermöglichung eines einfachen Kioskes bzw. der Aufstellung von Fitnessgeräten. Prüfung der Finanzierung der Geräte über Sponsoring.	Freie Wähler	BSB	Kultur, Sport und Freizeit	Die Konzeption des vom Gemeinderat beschlossenen Stadtparks sieht einen konsumfreien Raum mit freien Flächen zur multifunktionalen Nutzung vor. Mit der Kletterwand wurde ein Sportgerät im Bürgerpark installiert, welches aber nur wenig genutzt wird und häufig durch Vandalismus beschädigt wird. Eine weitere Platzierung von Sportgeräten ist daher zu hinterfragen. Die Verwaltung empfiehlt, den Kirchheimer Stadtpark in seiner jetzigen Form zu belassen.	Zusage der Verwaltung, den Park im Blick zu behalten.	
6	Erstellung eines Wärmebildes, um Hitze Hotspots im Stadtgebiet zu erkennen. Daraus Ableitung von Maßnahmen zur Abmilderung dieser Hotspots.	Freie Wähler	IWU	Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie	Mit der, von der Universität Stuttgart im Rahmen des Projekts ISAP durchgeführten Haushaltsbefragung, wurde die Situation bezüglich der Hitzebelastung in Kirchheim unter Teck untersucht. Die Umfrage hat ergeben, dass die Hitzebelastung in der Innenstadt, an Haltestellen und in öffentlichen Verkehrsmitteln als am höchsten eingeschätzt wird. Bis Ende	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					des Jahres soll daraus eine Karte erstellt werden, welche die Hitzebelastung und Vulnerabilität aufgrund der Altersstruktur, dem Grünanteil und den Wohnsituation in den verschiedenen Stadtgebieten darstellt. Dabei werden auch Einrichtungen für kleine Kinder, alte und kranke Menschen mit berücksichtigt. Dazuhin soll eine Befragung der Bevölkerung im Sommer 2024 in der Fußgängerzone zu heißen und kühlen Orten in Kirchheim unter Teck stattfinden. Anhand der dann vorliegenden Ergebnisse kann entschieden werden, ob die Erstellung eines Wärmebildes für das Stadtgebiet notwendig ist, um weitere Informationen zu erhalten. Ein nächster Schritt zum Thema Klimawandelanpassung und Hitze soll in 2024 sein, zu schauen, in welcher Form und in welchem Umfang ein Hitzeaktionsplan für Kirchheim unter Teck aufgestellt werden kann. Beim Hitzeaktionsplan geht es vor allem darum Pläne zu entwickeln, wie vulnerable Gruppen bei Hitzewellen informiert und geschützt werden können. Dabei soll auch geprüft werden, wie das Thema in den Alarm- und Einsatzplan zu integrieren ist. Dazu braucht es ein zu entwickelndes Frühwarnsystem mit dem Ziel: Die Überwachung von Wetterdaten, um Hitzewellen frühzeitig zu erkennen und die Öffentlichkeit mit klaren und verständlichen Informationen über die zu erwartete Hitze, Gesundheitsrisiken und Schutzmaßnahmen zu informieren (siehe auch Antrag 15).	GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
7	Gemeindehalle Jesingen: Durchführung der notwendigen Arbeiten und Einstellung der entsprechenden Mittel, um die Betriebserlaubnis zu sichern	Freie Wähler	IWU	Kultur, Sport und Freizeit	Im Haushaltsplanentwurf sind investiv 350.000€ eingestellt. Diese Mittel sind dringend, um notwendige bauliche Maßnahmen durchzuführen, die eine weitere Nutzung der Gemeindehalle Jesingen als Versammlungsstätte ermöglichen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
8	Erstellung eines Konzeptes wie neuer eigengebauter Wohnraum städtischen Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden kann, als ein Mittel der Mitarbeitergewinnung und –bindung	Freie Wähler	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Der durch die SWK zu bauende Wohnraum muss derzeit vorrangig für Menschen zur Verfügung gestellt werden, für die wir unterkunftspflichtig sind. Die Stadtverwaltung kann aber bei der Wohnungssuche von Mitarbeitenden unterstützend tätig werden und wird dies in Vorstellungsgesprächen und gegenüber dem Personalrat thematisieren.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
9	Berichterstattung der Abteilung Ordnung wie in Zukunft die konsequente, faire aber	Freie Wähler	BSB	Gesundes und sicheres Leben	Vorschlag zur Neuorganisation der Abteilung insbesondere des Vollzugsdienstes wird aktuell, auf Grundlage eines jüngst vorliegenden Organisationsgutachtens, erarbeitet. Ziel ist die	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	zielführende Einhaltung von Regeln umgesetzt werden kann (inbes. Wildes Parken, Fahren in Fuzo, Vermüllung etc.)				Ressourcen ggf. zu erhöhen und gezielter einzusetzen. Dazu wurde u.a. die Dienstsanweisung überarbeitet um dafür notwendige Kompetenzen erteilen zu können.	weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
10	Stellungnahme der Stadtverwaltung über Möglichkeiten der Durchführung von Gemeinderatssitzungen im Ratssaal. insbesondere: Mehrkosten Stadthalle, Einnahmeausfälle, verantwortungsvoller Brandschutz z.B. Brandwache, Klima, Kostengegenüberstellung	Freie Wähler	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Ein Großteil der Veranstaltungen unter der Woche, die an Sitzungstagen in der Stadthalle stattfinden sollten, werden auf andere Termine verlegt. Daher ergeben sich nur geringe Ausfälle, die sich auf 2 bis 3 Veranstaltungen pro Jahr summieren (ca. 2.000 Euro bis 3.000 Euro). Im Rathaus ist ein funktionierender 1. baulicher Flucht- und Rettungsweg nicht vorhanden und muss hergestellt werden. Der 2. Flucht- und Rettungsweg wird bis zu 50 anwesenden Personen über tragbare Leitern durch die Feuerwehr gewährleistet. Wird der Sitzungssaal im Rathaus mit mehr als 50 Personen belegt, dies ist bei öffentlichen Sitzungen der Fall (37 Gemeinderäte, Oberbürgermeister, 10 Verwaltungsmitarbeiter, 1 Presse + Zuschauer), muss ein zweiter baulicher Rettungsweg hergestellt werden (Kosten je nach Variante ca. 130.000 € bzw. 185.000 €) oder die Sitzung muss weiterhin in der Stadthalle stattfinden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
11	Durchführung einer Verkehrsschau in Ötlingen zur Überprüfung, ob es eine erhöhte Unfallgefahr durch den Radstreifen gibt, insbesondere beim Abbiegeverkehr auf Höhe Rössle.	Freie Wähler	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Auf Höhe Rössle gibt es keinen Abbiegeverkehr. Der Bereich wird aktuell nicht als Unfallschwerpunkt oder durch eine Unfallhäufung wahrgenommen. Der Ortschaftsrat kann das Thema für eine Verkehrsschau anmelden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
12	Durchführung eines Runden Tisches zum Erhalt der Streuobstwiesen mit bekannten aber auch neuen Akteuren (z.B. Schulen). Erstellung und Umsetzung eines Aktionsplanes	Freie Wähler	IWU	Umwelt- und Naturschutz	Am 17.07.23 wurde im Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt die Streuobstkonzeption vorgestellt. Diese beinhaltet Maßnahmen und Schritte, die praktisch in einen Aktionsplan hinauslaufen. Der Vorschlag einen Runden Tisch zu initiieren wird aufgegriffen	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
13	Für den Güterbahnhof Kirchheim ein Konzept zu erarbeiten, wie eine	Die Grünen	IWU	Wohnen und Quartiere	Für den Güterbahnhof Kirchheim liegt als Ergebnis eines städtebaulichen Wettbewerbs ein hervorragender Entwurf vor. Mit diesem Entwurf können verschiedenste Wohnbedürfnisse	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	schrittweise Bebauung umgesetzt werden kann. Auch wenn aktuell nicht alle Grundstücke zur Verfügung stehen, sollte das Gelände nicht für weitere Jahre brach liegen.				für unterschiedliche Zielgruppen bereitgestellt werden, zudem auch Gemeinwesen orientierte Funktionen mit dem Ziel eines in sich funktionierenden Stadtquartiers. Schließlich ermöglicht dieser Entwurf auch weitere Trägerschaften, die aufgrund der städtebaulichen Rahmenbedingungen im Steingauquartier nicht möglich waren wie z.B. gemeinnützige Genossenschaften. Nachdem auch die Erschließungsplanung nach dem vorliegenden Entwurf nahezu abgeschlossen ist, schlägt die Verwaltung vor, diesen weiterhin zu verfolgen. Zudem ist absehbar, dass sich auch die bisher strittige Grundstücksfrage an der Schöllkopfstraße klären wird. Abschließend ist festzustellen, dass die derzeitige konjunkturelle Situation die beschleunigte Realisierung des Projektes ohnehin unmöglich macht, unabhängig von den Umsetzungsvarianten. Auch der SWK ist in den kommenden Jahren mit der Abarbeitung des Bau- und Sanierungsprogramms personell und finanziell ausgelastet. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.	zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
14	Bei der Spielplatzkonzeption die Inklusion stärker zu beachten und entsprechende Angebote zu schaffen. Beispielsweise barrierefreie Sandkästen, Tast- und Klangspiele.	Die Grünen	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	Inklusion ist ein wesentlicher Bestandteil der Spielplatzentwicklungskonzeption. Eine Sozialarbeiterin ist über die Aktion Mensch in die Planung integriert und begleitet die Konzeption. Im Weiteren werden auch die zielgruppenspezifischen Bedarfe älterer Menschen sowie Menschen mit Einschränkungen zentral mitbedacht.	Es wird weiterführend auf das Protokoll des Fachforums Inklusion am 07.11.2023 verwiesen. Das Thema wird auch im Aktionsplan zur Kirchheimer Inklusionsplanung 2024 aufgegriffen.	
15	Die Erstellung eines Hitzeaktionsplans und die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen. An öffentlichen Orten muss für mehr Beschattung gesorgt werden, z.B. im Freibad und in der Innenstadt. Außerdem sollen mehr Plätze am Wasser geschaffen werden.	Die Grünen	IWU	Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie	Mit der, von der Universität Stuttgart durchgeführten Haushaltsbefragung, wurde die Situation bezüglich der Hitzebelastung in Kirchheim unter Teck untersucht. Ein nächster Schritt zum Thema Klimawandelanpassung und Hitze soll in 2024 sein, zu schauen, in welcher Form und in welchem Umfang ein Hitzeaktionsplan für Kirchheim unter Teck aufgestellt werden kann. Beim Hitzeaktionsplan geht es vor allem darum Pläne zu entwickeln, wie vulnerable Gruppen bei Hitzewellen informiert und geschützt werden können. Von der Verwaltung wird auch gerne geprüft wie das Thema in den Alarm- und Einsatzplan zu integrieren ist. Dazu braucht es ein zu entwickelndes Frühwarnsystem mit dem Ziel: Die Überwachung von Wetterdaten, um Hitzewellen frühzeitig zu erkennen und die Öffentlichkeit mit klaren und verständlichen Informationen über die zu erwartete Hitze, Gesundheitsrisiken und Schutzmaßnahmen zu informieren.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Zusätzliche ist zu überlegen, wie durch geeignete langfristige Maßnahmen die Hitzebelastung reduziert werden kann. Die Umfrage hat ergeben, dass die Hitzebelastung in der Innenstadt, an Haltestellen und in öffentlichen Verkehrsmitteln als am höchsten eingeschätzt wird. In der Innenstadt wird deshalb eine höhere Verschattung als notwendig angesehen, auch um die Aufenthaltsqualität langfristig zu erhalten. Bei den Planungen zum barrierefreien Umbau von Bushaltestellen sind regulär immer auch Buswartehallen zur Beschattung und als Regenschutz vorgesehen, außer wenn dies aus Platzgründen nicht möglich ist. Von Seiten der Stadtwerke wird der Antrag insgesamt befürwortet. Im Freibad sind jedoch aufgrund des hohen Baumbestandes aus Sicht der Verwaltung genügend schattige Liegeflächen vorhanden. Mit der Baumbepflanzung wird sehr sorgsam umgegangen, da diese neben den bekannten ökologischen Funktionen und der Beschattung auch ein wichtiges gestalterisches Element darstellt und damit die Attraktivität des Freibades steigert. Im neuen Kinderplanschbecken werden Sonnensegel über das Becken gespannt werden, dies ist am neuen Kinderspielplatz bereits der Fall. In der Saison 2023 gab es von den Badegästen wegen einer fehlenden Beschattung gegenüber dem Betriebspersonal keine Beschwerden. Bei einem konkret festgestellten Bedarf wird die Verwaltung im Rahmen des technisch und wirtschaftlich Möglichen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Bei Gewässerbaumaßnahmen wird grundsätzlich geprüft, ob eine Zugangsmöglichkeit zum Gewässer hergestellt oder die Erlebbarkeit gefördert werden kann. Beispielsweise wurde 2023 bei der Gewässerbaumaßnahme „Kegelesbach- Renaturierung, Abschnitt Kreisbau“ ein Zugang zum Bach mit Schatten spendenden Bäumen geschaffen. Bei der kommenden Gewässerbaumaßnahme in 2024/2025 „Lindach/Trinkbach, Abstürze beim Schlossgymnasium“ ist ebenfalls ein Zugang zum Bach mit kleinem Aufenthaltsbereich vorgesehen. Da solche Maßnahmen immer in den Gewässerrandstreifen und je nach Örtlichkeit auch in Biotope eingreifen können, ist immer eine Genehmigung durch die Untere Wasserbehörde		
--	--	--	--	--	---	--	--

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					und ggf. Naturschutzbehörde erforderlich. Deshalb müssen Plätze am Wasser gezielt geplant werden.		
16	Bei Neubau und Sanierung von öffentlichen Gebäuden das Thema Fassadenbegrünung mitzudenken.	Die Grünen	IWU	Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie	Die Möglichkeit wird grundsätzlich geprüft.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
17	Neue Begegnungsorte für Jugendliche zu schaffen, da Schulhöfe geschlossen wurden. Eine Möglichkeit dafür sehen wir beispielsweise im Sanierungsgebiet Wollmarktviertel.	Die Grünen	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	Begegnungsorte für Jugendliche werden seitens Stadtverwaltung ebenfalls als sehr wichtig angesehen. Im Rahmen der Spielplatzentwicklungskonzeption werden die Bedarfe von Jugendlichen bereits berücksichtigt. So gibt es regelmäßige Austausche zwischen Stadtverwaltung und BePart! und Stadtverwaltung Streetwork und das Thema Begegnungsorte werden auch bei Jugendkonferenzen zum Thema gemacht. Derzeit finden die vorbereitenden Untersuchungen zum Sanierungsgebiet Wollmarktviertel statt. Wesentlicher und auch seitens der Bewohnerschaft geforderter Inhalt ist die Bereitstellung von Aufenthaltsflächen im öffentlichen Raum. Diese ist derzeit umfassend zugeparkt, überdies ist die Anfahrt zu den Freihofschulen über die Wollmarktstraße weiterhin konfliktbeladen. In Abhängigkeit von einer ebenfalls in Bearbeitung befindlichen Parkierungsregelung für die Innenstadt wird auch die Umwandlung von Straßen- in Begegnungsflächen möglich. Bei der Ausgestaltung der Begegnungsflächen ist eine Anwohner- und Jugendbeteiligung geplant.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
18	Den Radweg von der Hahnweide zu den Bürgerseen zu sanieren. Dieser ist schon länger in einem schlechten Zustand und sowohl für den Freizeit- als auch für den Berufsverkehr wichtig.	Die Grünen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Aus finanziellen Gründen kann eine Finanzierung (Kostenschätzung 550.000 €) nicht im Doppelhaushalt 2024/2025 aufgenommen werden. Ein Fugenverguss der Risse ist für das kommenden Jahr eingeplant. Der Abschnitt ist Teil der Radwegeverbindung zwischen Kirchheim und Nürtingen. Beide Städte wollen beim Bund die Führung des Radweges auf dieser Trasse beantragen und für eine Co-Finanzierung sorgen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
19	Den Bahnhof besser auszuleuchten.	Die Grünen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Siehe auch Antrag lfd. Nr. 35. Die Beleuchtung des Bahnhofs, des Eugen-Gerstenmaier-Platzes und des ZOB's erfolgt zum Teil über das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck, zum Teil über das Beleuchtungsnetz des Bahnhofes über die Deutsche Bahn AG, aber auch als städtische Gebäudebeleuchtung. Hier sind jeweils unterschiedliche	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Zuständigkeiten zu berücksichtigen und zu koordinieren. Die Ausarbeitung eines Beleuchtungskonzeptes sieht die Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck ebenfalls als sinnvoll an, jedoch fehlen dazu die Haushaltsmittel und die personellen Kapazitäten. Die Ausarbeitung des Beleuchtungskonzeptes für den Bahnhof kann demnach frühestens ab 2026 erfolgen. Unabhängig von der konkreten Frage der Beleuchtung wird die Verwaltung Modelle für eine Überplanung und Bebauung des Bahnhofareals entwickeln.	6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
20	Die Beleuchtung des Schulweges vom Bahnhof zum LUG ertüchtigen und verbessern.	Die Grünen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Die Verwaltung sagt zu, die Beleuchtung des Schulweges vom Bahnhof/ZOB zum Ludwig-Uhland-Gymnasium im Zeitraum des Doppelhaushaltes 2024/2025 in Bezug auf Verbesserung und Ertüchtigung zu betrachten. Voraussichtlich können aus den laufenden zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln Ertüchtigungen und/oder Verbesserungen umgesetzt werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
21	Das Parkraummanagement zu verbessern und eine Konzeption für Anwohnerparken zu erarbeiten. Dadurch soll die Parksituation z.B. rund um die Innenstadt verbessert werden.	Die Grünen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Die Verwaltung wird im Jahr 2024 ein gesamtstädtisches Konzept für den ruhenden Verkehr erarbeiten. In diesem Zuge wird es auch einen Vorschlag für die Parkierungsregelung im innerstädtischen Bereich unter Berücksichtigung guter Erreichbarkeit und einer Konzentration auf möglichst große Einheiten vorlegen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
22	Die Fahrradstellplätze an öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Sporthallen zu erweitern, zu erneuern und wo möglich zu überdachen, um das Radfahren attraktiver zu machen.	Die Grünen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Bei den Schuljahresgesprächen wird der Bedarf an Schulen ermittelt. Wo notwendig und möglich werden entsprechend der bereitgestellten Haushaltsmittel auch Fahrradstellplätze umgesetzt. Die Finanzierung erfolgt über die pauschalen Mittel von 75.000 € pro Jahr für Ersatzbeschaffungen an Schulen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
23	Eine dynamische Fahrgastinformationsanzeige am Bahnhof zu installieren. Diese bietet eine aktuelle Übersicht des ÖPNV-Angebots. Für die Maßnahme kann ein Förderprogramm des Landkreises genutzt werden.	Die Grünen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Bisher sind im Haushalt keine Mittel eingeplant. Die Möglichkeit von Fördergeldern wird geprüft.	Hinweis durch StR Blon (Grüne) nach der Sitzung: Entgegen der Verwaltungsaussage gibt es ein Förderprogramm des Landkreises. Dieses wird geprüft und über das weitere Vorgehen im Jahr 2024 berichtet.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

24	Die Ampelschaltung in Ötlingen soll optimiert werden, damit der Schnellbus X10 dort halten kann.	Die Grünen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Die Aufgabe der Festlegung der Haltestellen des X10 liegt beim Verband Region Stuttgart, der einen Halt in Ötlingen seither abgelehnt hat. Die Stadtverwaltung hat mehrfach einen Halt des X10 in Ötlingen (Ortsdurchfahrt) beim VVS bzw. der Region angemeldet. Die Betrachtung / Anpassung der Ampelschaltung soll im Zuge der Überrechnung der Lichtsignalanlagen für die Busbeschleunigung erfolgen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
25	Städtische Grundstücke wo möglich zu entsiegeln. Den Eigentümern privater Grundstücke sollen dafür Anreize geboten werden, wie es z.B. die Gemeinde Neuffen vormacht.	Die Grünen	IWU	Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie	Hinsichtlich der Entsiegelung von städtischen Grundstücken ist es selbstredend, dass die Abteilung Technische Infrastruktur entsprechend den Handlungsfeldern bei Sanierungen und Neubaumaßnahmen, wo möglich Flächen entsiegelt. So werden bei aktuellen Bauvorhaben im Tiefbau z. B. Gehweg- und Straßenflächen in Wohnquartieren gepflastert und nicht mehr asphaltiert. Ebenfalls werden Schulhöfe entsiegelt und begrünt (Bsp. Pausenhof Schlossgymnasium). Mit der Aktion „Kirchheim blüht auf – auf Dächern“ wurde in diesem Jahr erstmals das Thema Begrünung und Klimawandelanpassung in den Fokus gerückt. Es ist geplant diese Aktion jährlich mit einem anderen Thema fortzuführen. Hierbei ist als ein Jahresthema „Kirchheim blüht auf – auf Privatgrundstücken“ geplant. In diesem Zusammenhang kann das Thema Entsiegelung mit aufgegriffen werden. Die Verwaltung wird hierbei auch die Erfahrungen mit dem Förderprogramm der Stadt Neuffen berücksichtigen	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
26	Die Möglichkeiten der Regenwasser- und Grauwassernutzung bei Neubauten standardmäßig zu berücksichtigen, um den Verbrauch von Trinkwasser zu reduzieren.	Die Grünen	IWU	Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie	Die Möglichkeit wird grundsätzlich geprüft und bei Eignung umgesetzt, z.B. Technisches Zentrum (Nutzung für Fahrzeugreinigung).	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
27	Die Unterführung am Bahnhof und am Südbahnhof barrierefreier zu gestalten. Außerdem beantragen wir zu prüfen, ob am Südbahnhof eine Sondergenehmigung für eine Schienenquerung für zu Fußgehende vorliegt. Des Weiteren bitten wir die Stadtverwaltung uns	Die Grünen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Die Herstellung der Barrierefreiheit an beiden Unterführungen setzen umfangreiche Baumaßnahmen mit zusätzlichen Bauwerken voraus. Am Südbahnhof ist dies aus Platzgründen (Nähe zur Lauter) nicht möglich. Die Kosten zur Herstellung der Barrierefreiheit wären enorm hoch und sind derzeit haushaltstechnisch nicht umsetzbar. Für den schienengleichen Bahnübergang am Südbahnhof gab es in den letzten 20 Jahren immer wieder eine Anfrage an die Deutsche Bahn AG, wie und ob dieser realisierbar wäre. Eine	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	darzulegen, welche Kosten hierfür entstehen, welche Fördermöglichkeiten, auch mit Blick auf Verbesserung der Radwegführung, es gibt und wie dies die Stadt in den nächsten Jahren finanzieren könnte. Solange kein Umbau möglich ist, sollen die Hilfen für Kinderwagen, Fahrräder und Rollatoren verbessert werden				schienengleiche Querung wäre zum damaligen Zeitpunkt nur unter sehr hohen technischen Sicherheitsanforderungen möglich gewesen, damit ein sicherer Eisenbahnbetrieb abgewickelt werden kann. Dies führte bei den ersten planerischen Überlegungen der DB AG zu sehr hohen Kosten. Die damalige Kostenschätzung belief sich auf 750.000 € Netto reine Baukosten und wurde aufgrund dieser hohen Kosten nicht weiterverfolgt (Siehe auch TA-UA 29.05.2019, §26 nicht öffentlich unter Verschiedenes-Bericht EBM). Hochgerechnet müsste aktuell von Bruttokosten inkl. Baunebenkosten in Höhe von mind. 1,5 - 2,0 Mio. € ausgegangen werden, die derzeit im Haushaltsplan nicht abbildbar sind. Nach Aussage der DB Netz AG ist von deren Seite keine weitere Gleisquerung am Südbahnhof geplant. Eine erneute Prüfung soll nicht verfolgt werden. Die vorhandenen Hilfen, Rampen für Kinderwagen, Fahrräder usw. werden im Rahmen der Unterhaltung kontrolliert und nach Bedarf und Machbarkeit verbessert. Die Verwaltungsspitze wird sich nochmals an den Konzernbevollmächtigten der DB Baden-Württemberg wenden und die Notwendigkeit einer barrierefreien Verbindung zwischen Schießwäsen und der Straße beim Südbahnhof betonen. Siehe auch Antrag lfd. Nr. 36.		
28	Darzustellen, wie die Regeln für Balkonmodule für städtische Gebäude sowie Privatgebäude in der Innenstadt sind.	Die Grünen	IWU	Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie	Bei städtischen Gebäuden wird der Schwerpunkt auf die Installation von PV-Dachanlagen gelegt, da hier deutlich mehr Ertrag erzielt werden kann, als über Balkonmodule. Bei Gebäuden in der denkmalgeschützten Altstadt wird die Möglichkeit zur Installation von Photovoltaikanlagen über das Solarkataster geregelt. In der Sitzungsvorlage zum Solarkataster wurde das Thema Balkonmodule innerhalb der denkmalgeschützten Altstadt angesprochen: Sofern die betroffene Fassade vom öffentlichen Raum aus nicht einsehbar ist, kann in der Regel die denkmalschutzrechtliche Genehmigung erteilt werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
29	Darzustellen, wann der Altenhilfeplan aktualisiert wird.	Die Grünen	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	Die Fortschreibung des Teilsozialplans Älterwerden von 2012 findet aktuell statt mit dem Ziel der Fertigstellung des Plans zum 01.08.2024 hin (siehe BSB „Aktuelles aus den Handlungsfeldern“ vom 18.07.23). Der Umsetzungsstart des sich daraus ableitenden Aktionsplans ist für 01.01.2025 vorgesehen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

30	Einen regelmäßigen Bericht über die konkrete Umsetzung, die Effektivität der Maßnahmen der Personalgewinnung und –qualifizierung bei der frühkindlichen Betreuung und die Bereiche, bei der die Stadtverwaltung Nachsteuerungsbedarf sieht.	Die Grünen	BSB	Bildung	Die Verwaltung kann regelmäßig über die aktuelle Situation hinsichtlich der Besetzung von Betreuungs-Fachkraftstellen und Auszubildende berichten. Zudem kann über den Umsetzungsfortschritt der beschlossenen Maßnahmen hinsichtlich beispielsweise Anleitungszeit, Kita-Sekretariate und Leitungsfreistellung berichtet werden. Es findet ein regelmäßiger Austausch innerhalb der Verwaltung statt, in dem u.a. auch Themen der Qualifizierung und Nachqualifizierung besprochen werden. Seit 2015 besteht eine Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei Weiterqualifizierungen im päd. Bereich. Diese Richtlinie wird regelmäßig angepasst, zuletzt im Sommer 2023.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
31	Info-Litfass-Säule für einen „Platz der Städtepartnerschaften“ - Installation zunächst von 1 Litfass-Säule analog zu den Kultur-Litfass-Säulen der Stadt unmittelbar am Weg an der Rasenfläche westlich des Eingangs zur Stadtbücherei.	Die Grünen	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Die Verwaltung hält es für richtig an einer zentralen Stelle auf die Städtepartnerschaften hinzuweisen, möchte diesen konkreten Vorschlag aber zunächst mit den Partnerschaftsausschüssen von Rambouillet und Backi Petrovac diskutieren.	Klärung bis zur Sitzung des Gemeinderates, inwieweit die Abstimmung mit und unter den Partnerschaftsausschüssen bereits erfolgt ist.	
32	Wir fordern, dass mehr Haushaltsmittel in die Sanierung von Straßen und Brücken eingebracht werden und mindestens zwei oder sogar drei Straßen gemäß Straßeninstandhaltungskonzept pro Jahr saniert werden.	CDU	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Siehe auch Antrag lfd. Nr. 46 und 87. Die Stadtverwaltung entwickelt derzeit aus dem Straßenzustandsbericht und weiteren Fachplanungen der technischen Infrastruktur ein Straßensanierungskonzept bei dem nicht nur die Straßenoberfläche, sondern auch die Verkehrsbedeutung, Maßnahmen der Umgestaltung, Zustand unterirdischer Leitungssysteme, usw. berücksichtigt werden. Dieses wird derzeit von einem Ingenieurbüro erstellt und voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 fertiggestellt und im Rat vorgestellt. Daraus ergibt sich ein Handlungskonzept zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erhaltung bzw. Ertüchtigung des Straßenzustandes ähnlich wie bei den Brücken. Bei den Brückensanierungen existiert bereits ein Sanierungskonzept, auf dessen Basis Mittel regelmäßig eingestellt werden (siehe Sivo IWU/2021/011). Im Rahmen der Haushaltsbesprechungen werden die Maßnahmen unter Berücksichtigung der finanziellen und personellen Ressourcen angemeldet und in die Planung aufgenommen. Bei Bereitstellung von mehr Mitteln für das SG Tiefbau müssen unweigerlich in Anbetracht der finanziellen Situation andere Mittel für andere Maßnahmen gestrichen	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					werden. Die Personalkapazitäten limitieren den Umfang ebenso.		
33	Wir beantragen, mit den freien Trägern weitere Kooperationen in baulicher und pädagogischer Hinsicht zu prüfen.	CDU	BSB	Bildung	Die Kooperation und Zusammenarbeit mit den Freien Trägern von Kindertageseinrichtungen wird besonders seit 2022 nochmals in den Blick genommen. Insbesondere beim Thema Fortbildungen und Unterstützung in pädagogischer Arbeit sieht die Verwaltung Möglichkeiten der Kooperation. Hier werden dieselben Ziele anvisiert. Beispielsweise sind die Leitungen der freien Kitas zum pädagogischen Tag am 26.02.24 zum Thema gelingende Inklusion in Regeleinrichtungen eingeladen. Als Modell einer baulichen Kooperation sieht die Verwaltung das Vorhaben am Südbahnhof bei dem eine Kita über einen Investor erstellt wird, von der Stadtverwaltung langfristig angemietet und an einen freien Träger weitervermietet wird.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
34	Wir fordern ein Parkkonzept der Innenstadt, da der Parkdruck in den Wohngebieten für die Anwohner unerträglich wird. Es soll auch über Anwohnerparken nachgedacht werden.	CDU	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Auf die lfd. Nr. 21 wird verwiesen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
35	Wir beantragen die Prüfung eines verbesserten Beleuchtungs- und Sicherheitskonzeptes am Bahnhof.	CDU	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Bezüglich dem Sicherheitskonzept: Die Stadtverwaltung tauscht sich im Rahmen der Ordnungspartnerschaft Bahnhof jährlich mit der Bahn, der Bundes- und Landespolizei sowie den Busunternehmen zu verschiedenen Themen aus. In diesem Rahmen können Maßnahmen (u.a. Beleuchtungskonzept) besprochen werden. Grundsätzlich ist für die Sicherheit auf dem Bahngelände die Bahn AG, die Bundespolizei und auf dem Vorplatz die Landespolizei zuständig. Maßnahmen sind daher in jedem Fall mit den Partnern abzustimmen. Die Beleuchtung des Bahnhofs, des Eugen-Gerstenmaier-Platzes und des ZOB's erfolgt zum Teil über das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck, zum Teil über das Beleuchtungsnetz des Bahnhofes über die Deutsche Bahn AG, aber auch als städtische Gebäudebeleuchtung. Hier sind jeweils unterschiedliche Zuständigkeiten zu berücksichtigen und zu koordinieren. Die Ausarbeitung eines Beleuchtungskonzeptes sieht die Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck ebenfalls als sinnvoll an, jedoch fehlen dazu die Haushaltsmittel und die personelle Kapazität. Die Ausarbeitung des Beleuchtungskonzeptes für den Bahnhof kann demnach frühestens ab 2026 erfolgen. Unabhängig von der konkreten Frage der Beleuchtung wird die	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Verwaltung Modelle für eine Überplanung und Bebauung des Bahnhofareals entwickeln. Siehe auch Antrag lfd. Nr. 19.		
36	Wir beantragen die Prüfung eines ebenerdigen Bahnüberganges am Südbahnhof.	CDU	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Auf die lfd. Nr. 27 wird verwiesen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
37	Wir fordern eine Ansiedlungsstrategie für neue Unternehmen.	CDU	BSB	Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	Für eine Ansiedlungsstrategie ist es wichtig zunächst alle wichtigen Zahlen, Daten und Fakten zur lokalen Wirtschaft und den örtlichen Gewerbeflächen im Blick zu halten, Entwicklungstendenzen zu erkennen und darauf zu reagieren. Bei der Vergabe von Gewerbeflächen hat die Stadt Kirchheim unter Teck in den letzten Jahren eine Ansiedlungsstrategie verfolgt, die einen gesunden Branchenmix (auch in Hinblick auf das Gewerbesteueraufkommen/ Konjunkturabhängigkeit des städtischen Haushalts) und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bestandpflege und -entwicklung fokussiert. Soweit möglich liegt der Branchenschwerpunkt auf produzierendem Gewerbe. Durch die Erhebungen der Meinungen und Bedarfe der ansässigen Betriebe zu einer Vielzahl von Themen der Standortentwicklung Kirchheims entsteht eine belastbare Datenbasis, um die Prozesse der Wirtschaftsförderung unternehmensnah und strategisch auszurichten. Eine umfassende Befragung fand im Frühjahr 2022 statt, die nächste Befragung findet 2024 statt. Eine allgemeine Strategie ist nur bedingt anwendbar, da immer die individuelle Lage und Ausgangssituation der Unternehmen sowie die aktuelle Verfügbarkeit von Flächen ausschlaggebend ist. Ein Cluster ist für die wenigen Flächen nicht notwendig; die Wifö fokussiert einen flexiblen Ansatz für eine zukunftsorientierte Standortentwicklung Kirchheims. Bei späterer Aufsiedlung der Bohnau-Süd gibt es einen größeren Spielraum aufgrund der Fläche. Hier sind Cluster sinnvoll (Austausch findet u.a. im Bereich Wasserstoff / Bioökonomie schon statt) und eine Konzeption gut vorstellbar. Die Wirtschaftsförderung steht mit der WRS (Wirtschaftsregion	Zusage der Verwaltung, einen jährlichen Bericht über die Ansiedlungsstrategien in den Ausschuss für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB) einzubringen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Stuttgart), der bw-i (BW International) sowie gängigen Projektentwicklern und Investoren im stetigen Austausch. Neben Bestandentwicklung (Neuansiedlung) ist die Bestandspflege (lokale Unternehmen) für das Entwicklungspotential genauso wichtig. Beispiele für ein erfolgreiches Matching, u.a.: Tritschler, Metrotec, DEKRA, Tanzschule Winkle, Tosstec, PMI.		
38	Wir beantragen, die Verschuldung auf Ende der Finanzplanung im Jahr 2028 auf 50 Mio € zu begrenzen. Die Verwaltung soll aufzeigen, wie unter Einbeziehung der Ermächtigungsüberträge, die auf Ende 2023 mit 26,8 Mio € ausgewiesen werden und unter der Maßgabe eines realistischen Mittelabflusses der Investitionsmaßnahmen, dieses Ziel im Jahr 2028 erreicht wird.	CDU	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Eine Deckelung der Verschuldung auf 50 Mio. € kann nur unter Einbezug der großen Bau- und Sanierungsvorhaben erfolgen. Eine Begrenzung der Kreditaufnahmen bedingt unweigerlich eine Verschiebung bzw. Streichung von Investitionen. Hierbei ist zu prüfen, welche Maßnahmen noch gestoppt werden könnten, welche Projekte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen umgesetzt werden müssen und welche Maßnahmen in den Bereich der freiwilligen Aufgaben fallen. Einsparungen sind ebenso im Ergebnishaushalt realisierbar. Durch die Stärkung der Einnahmenseite (Hebesatzerhöhungen, Gebührenerhöhungen) sowie Einschränkungen auf der Aufwandsseite kann der Fremdfinanzierungsbedarf ebenso reduziert werden. Darüber hinaus fördern Maßnahmen im Ergebnishaushalt eine nachhaltige Finanzpolitik Die Verwaltung befürwortet den Antrag, sieht aber eine Deckelung auf 50 Mio. € zum aktuellen Zeitpunkt als schwer umsetzbar. Hierfür müssten im bestehenden Haushaltsplanentwurf 24/25 Maßnahmen in Höhe von rund 21 Mio. € gestrichen werden. Hinzukämen die vorliegenden Finanzanträge, die weitere Einsparungen nach sich ziehen würden, bspw. bei einer Aufnahme des Kornhauses und keinen Hebesatzerhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer müssten weitere 20 Mio. € an Maßnahmen gestrichen werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
39	Wir beantragen die Einberufung einer Haushaltsstrukturkommission mit jeweils zwei Vertreter*innen der Gemeinderatsfraktionen, je einer/m Vertreter*in der Gruppierungen und notwendige Personen der Stadtverwaltung. Aufgabe: Analyse des Ergebnis-Haushalts mit dem Ziel zur Identifizierung von Optimierungspotentialen.	SPD	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Die Verwaltung befürwortet den Antrag. Der erste Termin fand am 08.11.23 statt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

40	Wir beantragen eine detaillierte Auflistung der externen Sach- und Dienstleistungen, bei denen es sich um Beratungsleistungen bzw. Ausführung von Arbeiten geht, die die Stadtverwaltung nicht selbst leisten kann.	SPD	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Eine solche Auflistung ist möglich, bedeutet jedoch eine umfassende Abfrage in den einzelnen Abteilungen, die mit erheblichem Aufwand verbunden ist.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
41	Wir beantragen, dass zu den im Jahr 2023 ausgearbeiteten strategischen Zielen und Leistungszielen der neu zugeschnittenen Handlungsfelder die korrespondierenden Projekte und Maßnahmen zugeordnet werden. Die Vorlage soll zur ersten Sitzungsrunde im Jahr 2024 dem Gemeinderat vorgelegt werden. Sollte dies nicht in allen Handlungsfeldern möglich sein, soll bis zur ersten Sitzungsrunde für alle Handlungsfelder aufgezeigt werden, wann diese für die strategische Haushaltssteuerung relevante Vorarbeit abgeschlossen ist.	SPD	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Wie in der Sitzungsvorlage zu den Zielen der Strategischen Ausrichtung angekündigt, ist der nächste Schritt die Leistungsziele und Maßnahmen mit einer Ressourcenplanung zu hinterlegen. Jedoch ist die Stelle „Strategische Steuerung und Projektmanagement“ nach wie vor vakant. Die Weiterverfolgung der strategischen Handlungsfelder in der Abteilung 150 – Gremien und Öffentlichkeitsarbeit kann erst nach einer erfolgten Wiederbesetzung der Stelle durchgeführt werden. Ab wann eine Nachbesetzung erfolgen wird, kann derzeit noch nicht abschließend benannt werden. Die Stelle befindet sich derzeit in der Ausschreibung.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
42	Wir beantragen die übersichtliche Darstellung des prognostizierten Wohnungsbedarfs der Stadt Kirchheim unter Teck zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und zur Unterbringung von geflüchteten Menschen.	SPD	IWU	Wohnen und Quartiere	Für 2024 ist der Stadtverwaltung eine Aufnahmeverpflichtung von 138 sonstigen Flüchtlingen angekündigt. Die Zahl weiterer ukrainische Flüchtlinge ist derzeit nicht prognostizierbar. Aktuell befindet sich die Stadt im Vergabeprozess der 40 Container für den Güterbahnhof. Dieser Standort beinhaltet eine minimale Kapazität von 40 und maximale von 80 Personen. Der Umsetzungszeitpunkt Ende 2. Quartal 2024 ist aktuell noch ungewiss, da bis dato kein Ausschreibungsergebnis (2 Submissionstermine fanden bereits statt) erzielt werden konnte. Zusätzlich wird der Erwerb eines weiteren Gebäudes für eine Unterbringung von maximal 50 Personen geprüft. Die Prüfung ist derzeit noch nicht abgeschlossen, da Brandschutzthemen als auch die Kaufpreisverhandlung offen sind. Darüber hinaus benötigt die Stadtverwaltung 50-70 Personen im Rahmen der Unterbringung bei Obdachlosigkeit Wohnraum. Weitere Standorte befinden sich in der Bauphase (Lindorfer Weg), stehen davor (Veilchenweg) oder im Bauleitplanverfahren.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Mit diesen weiteren Standorten ist im Jahr 2024 nicht zu rechnen. Der bestehende Wohnraum bietet Verdichtungsmöglichkeiten, die jedoch stets im Einzelfall zu prüfen sind. Die Anmietung von weiterem Wohnraum wird fortgesetzt. Jedoch ist zu erwähnen, dass dieser Wohnraum häufig nur für ukrainische Geflüchtete genutzt werden darf. Die Stadtverwaltung erarbeitet derzeit einen „Steuerungsbericht“, mit dem der Gemeinderat in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Stand Unterbringung Geflüchteter und Obdachlose sowie Stand der Baumaßnahmen informiert wird.		
43	Analog zu den Planungen des Steingauquartiers vor einigen Jahren: Aufgrund der zu erwartenden positiven Gesamtbilanz beim Projekt Bohnau Süd, jedoch mit zeitlichem Verzug der erwarteten Einnahmen gegenüber den erwarteten Ausgaben, beantragen wir, das Projekt Bohnau Süd aus ausschließlich nachrichtlich im städtischen Haushalt zu belassen und in Absprache mit dem Regierungspräsidium Stuttgart als eigenständigen Wirtschaftsplan zu behandeln.	SPD	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Die Zuordnung der Haushaltsrelevanz erfolgt im NKHR nicht mehr nach dem Kassenwirksamkeitsprinzip. Das Vollständigkeitsgebot ist einzuhalten. Dies umfasst sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen der Stadt. Weiterhin muss eine Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage erfolgen. Es ist insoweit verpflichtend, dass auch Vorgänge im Wege einer Sonderfinanzierung im Haushalt der Kommune abgebildet werden, da die wirtschaftliche Zurechnung bei der Kommune zu sehen ist. Die Sonderfinanzierung wäre im Wege eines kreditähnlichen Rechtsgeschäfts somit vollumfassend im Haushalt/der Bilanz abzubilden und ist genehmigungspflichtig (§ 87 Abs. 5 GemO). Eine Abbildung analog dem Steingauquartier (s. Haushaltsplan 2020/2021, S. 591), kann für das Projekt Bohnau Süd ebenso gewählt werden. Im Zuge der Einreichung des Haushaltsplans zur Genehmigung beim Regierungspräsidium werden die Zahlungsströme der Bohnau Süd über den Finanzplanungszeitraum hinaus dargestellt, damit ein vollumfassendes Bild über die Ertrags- und Finanzlage zum Haushaltserlass gegeben werden kann.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
44	Ausblick auf die verbindliche Ganztagesbetreuung an Grundschulen: Wir beantragen eine Auflistung der notwendigen Maßnahmen (Investitionen und Personal) an jedem Grundschulstandort.	SPD	BSB	Bildung	Für die verbindliche Ganztagesbetreuung liegt die Expertise der Beratungsfirma „Timourou“ vom 15.08.2022 vor, die dem Gemeinderat am 17.05.2023 vorgestellt wurde. Daraus wird die Stadtverwaltung verschiedene Projekte - zur Grundschulbetreuung und zu weiteren Schulzügen - an den unterschiedlichen Schulstandorten entwickeln. Eine Multiprojektskizze wurde erstellt. Daraus ergeben sich 14 Teilprojekte und 28 Unterteilprojekten. Diese Projekte werden in der kommenden Zeit ausgearbeitet werden, um Aussagen zu den notwendigen Investitionen und dem notwendigen Personal im Verlauf des Jahres 2024 treffen zu können. Klar ist, dass hier	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					ein immenser finanzieller Aufwand und Personalakquise auf die Stadt zukommen und eine sorgfältige Planung notwendig ist. Die Schulentwicklungsplanung hat zudem eine große Außenwirkung. Für das Multiprojektmanagement bedarf es daher eines erfahrenen Projektsteuerers/einer erfahrenen Projektsteuerin mit entsprechenden Personalressourcen. Auch in den tangierten Abteilungen der Stadtverwaltung müssen entsprechende Ressourcen durch Priorisierung der Aufgaben freigesetzt werden, damit die Mitarbeitenden als Teilprojektleitungen und/oder als Beteiligte an den Teilprojekten mitarbeiten können.		
45	Durch den Fokus auf das neue Gewerbegebiet Bohnau Süd wird aktuell zu wenig Augenmerk auf die Situation, genauer gesagt auf den Leerstand bzw. die Öffnungszeiten sowohl von Handel als auch von Gastronomie, in der Innenstadt gelegt. Wir beantragen eine umfassende Aufarbeitung des Leerstands und wie diesem begegnet werden kann. Dabei sind die Besitzer, Gastronomen und Einzelhändler mit einzubinden.	SPD	BSB	Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	- Das Leerstandsmanagement ist schon immer Thema der Wirtschaftsförderung. Die aktuelle Lage wird auf der kommunalen Webseite widerspiegelt: <u>Gewerbeflächen in der Innenstadt Stadt Kirchheim unter Teck (kirchheim-teck.de)</u> Ein Matching wird vorangetrieben, um den Leerstand möglichst gering zu halten. Dies ist jedoch ein Eingriff in den privaten Markt, d.h. es gibt kaum kommunale Hebel, um sowohl Brach- als auch Leerstandsflächen zu vermeiden – vieles hängt von den Eigentümer:innen ab. Aktuell ist die Wirtschaftsförderung zusammen mit dem Handel im Gespräch, um einen möglichen PopUp Store im ehemaligen Esprit einzurichten. Ab 2024 wird die interkommunale Innovationsdrehscheibe MachES speziell auch Gründerinnen und Gründer mit einem Mietkostenzuschuss unterstützen. Dies wird von der VRS kofinanziert. - Die Öffnungszeiten sind kein kommunales Thema. Jeder Händler entscheidet frei über seine Öffnungszeiten. Derzeit sind des öfteren Läden und Gastronomiebetriebe zu, da sie kein Personal finden. - Zur Fachkräftesicherung bietet die Wirtschaftsförderung regelmäßig Impulsveranstaltungen an, z.B. derzeit einen so genannten Führungskräfte-Circle. Dabei geht es konkret um die Arbeit der Zukunft, Personalgewinnung, Future Skills sowie New Work Methoden für Motivation und produktives Arbeiten. - In der Wirtschaftsförderung gibt es eine klare Aufgabentrennung zwischen klassischen Themen der Wirtschaftsförderung und der Planung des neuen Gewerbegebietes Bohnau-Süd, sodass wichtige Dauerthemen, wie z.B. Flächenmanagement, Lotsenfunktion und Bestandspflege nicht vernachlässigt werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
46	Basierend auf dem Straßeninstandhaltungskonzept	SPD	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Auf die lfd. Nr. 32 wird verwiesen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	beantragen wir analog dem Brückeninstandhaltungsplan Zeitplan aller notwendigen Sanierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren (über den Finanzzeitraum hinaus).					zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
47	Hinsichtlich der Unterbringung geflüchteter Menschen in der vorläufigen Unterbringung durch den Landkreis Esslingen beantragen wir, dass die Verwaltung Gespräche mit dem Landkreis aufnimmt mit dem Ziel, eine realistischere Anrechnung (Zielwert > 0,5) von Menschen in der vorläufigen Unterbringung zu erhalten.	SPD	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	Entsprechende Gespräche werden bereits auf Dezernentenebene geführt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
48	Die Verwaltung wird beauftragt, ein schlüssiges Konzept zu erstellen, das den Handel und die Märkte in der Innenstadt aufwertet.	FDP	BSB	Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	Derzeit steht die Attraktivierung der Märkte im Fokus: • Stelle „Marktmeisterin“ – Sachbearbeiterin Märkte ist seit April 2023 neu besetzt. • Zur Entwicklung des Wochenmarktes wurde im Sommer 2023 eine Bürgerbeteiligungsaktion durchgeführt. Es sind persönlich und digital mehr als 200 Meinungen eingegangen. Einige Hauptthemen, die sich bereits während der Auswertung ergeben, wurden am 17.10. im BSB vorgestellt. Daraus werden sich Handlungsempfehlungen wie z. B. die Anpassung der Marktsatzung im Hinblick auf die Zulassungsfähigkeit für verzehrfertig zubereitete Speisen und Getränke ergeben. • Die Erweiterung des Krämermarktes in die obere Dettinger Straße wurde beim Gallusmarkt umgesetzt. Allerdings sind die fehlenden öffentlich zugänglichen Stromanschlüsse ein echtes Hindernis, weil die Marktstände insbesondere im Winterhalbjahr Licht brauchen (s.o.). Des Weiteren sind folgende Punkte zu nennen: • Leerstandsmanagement Auf die lfd. Nr. 45 wird verwiesen. • Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft und Verbänden Die Wirtschaftsförderung und das Stadtmarketing stehen im engen Austausch mit dem Einzelhandelsverband City Ring e.V. zahlreiche Aktionen werden in Abstimmung vorangetrieben. Auch im Fachforum Lokale Wirtschaft werden Maßnahmen und Themen eruiert und abgestimmt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Einzelhandelskonzept Aufbauend auf aktuellen Daten zur Einzelhandels- und Versorgungssituation der Stadt Kirchheim unter Teck sowie erfolgter Veränderungen im Einzelhandel der Stadt werden in der Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts Leitlinien für eine wohnortnahe und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung erarbeitet. Das Gutachten wurde Anfang 2023 im Gemeinderat vorgestellt und mit den ortsansässigen Gewerbetreibenden diskutiert.		
49	Verbesserung der Sauberkeit der Stadt: Wirksame Eindämmung der Taubenpopulation	FDP	IWU	Umwelt- und Naturschutz	Das Konzept mit mehreren Taubenschlägen in der Innenstadt (3 Stück) und in Jesingen hat sich bewährt. Effekte wie eine Begrenzung der Population sind messbar. Pro Taubenschlag werden im Jahr bis zu 400 Eier ausgetauscht.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
50	Verbesserung der Sauberkeit der Stadt: Verstärkte Reinigung der Straßen und Plätze z.B. Verstärkten Einsatz der Kehrmaschinen	FDP	IWU	Umwelt- und Naturschutz	Durch die Umsetzung der Kampagne „Sauberes Kirchheim“ und das sich daran anschließende Aktionsprogramm hat sich die Sauberkeit deutlich verbessert. Aus Sicht der Verwaltung sind die öffentlichen Verkehrsflächen deshalb nicht maßlos vermüllt und eine Erhöhung der Reinigungsintervalle für die Straßenkehrmaschinen nicht notwendig. Hier liegt bereits ein enger Kehr- Rhythmus vor. Besondere Vermüllungen wie z.B. an Kleidercontainern oder Glascontainer werden durch die Betreiber kurzfristig bereinigt. Auch unter Berücksichtigung der knappen haushaltstechnischen Situation und aus Gründen der knappen Personalkapazität ist keine Erhöhung der Reinigungsintervalle möglich.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
51	Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Schulen: Werbung um Patenschaften der Schüler zur Reinhaltung ihrer Schulwege	FPD	BSB	Bildung / Umwelt- und Naturschutz	Die Schulen in Kirchheim beteiligen sich regelmäßig am jährlich stattfindenden Markungsputz, der immer im März von der Verwaltung organisiert wird. In diesem Rahmen gehen Lehrkräfte mit den Kindern im Umkreis der Schulen auf Müllsuche. Dazu werden sie vom Baubetrieb mit Handschuhen, Zangen, Eimern, Müllsäcken etc. ausgestattet. Diese Aktion sensibilisiert die Kinder für den Umgang mit Müll und ist obendrein der Gemeinschaft förderlich. Im Unterricht wird parallel dazu das Thema Müllvermeidung etc. angesprochen und unterrichtlich thematisiert. Aktionen außerhalb dieses Aktionstags sind für die Schulen jedoch nicht umsetzbar. Eine dauerhafte Betreuung von Müllsammelaktionen ist nicht möglich. Die Schulkinder können auf dem Schulweg nicht zu	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					anderen Tätigkeiten herangezogen werden. Hier steht die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg im Vordergrund. Eine Konzentration auf andere Dinge als den Straßenverkehr würde für die Kinder ein Sicherheitsrisiko darstellen und ist auch im Rahmen der Vereinbarung mit der UKBW über die Versicherung auf dem Schulweg nicht zu vereinbaren.		
52	Wir fordern dringend ein Radwegekonzept vorzustellen. Bei der Umsetzung von Maßnahmen sollen schnelle, kostengünstige Lösungen Vorrang haben vor „Optimallösungen“, die noch Jahre auf sich warten lassen	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Die Verwaltung bearbeitet derzeit gemeinsam mit dem beauftragten Verkehrsplanungsbüro ein Radwegkonzept und wird es dem Gemeinderat im 2. Quartal 2024 vorlegen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
53	Wir beantragen die Aktualisierung der Modal-Split-Daten (Verteilung des Verkehrs auf die verschiedenen Verkehrsmittel) und eine Auswertung.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Die Verwaltung bereitet aktuell eine umfangreiche Haushaltsbefragung vor, die genaueren Aufschluss über den Modal-Split in der Stadt geben soll. Damit werden erstmalig deutlich genauere Daten zur Verfügung gestellt als mit der bisherigen Vergleichslogik mit anderen ähnlichen Städten („Regiotyp“) Die Befragung wird im 2. oder 3. Quartal 2024 durchgeführt und fließt unter anderem in die Aktualisierung des Verkehrsmodells ein.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
54	Wir fordern den Sachstand zur Erstellung eines Parkierungskonzepts / Anwohnerparken darzulegen	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Auf die lfd. Nr. 21 wird verwiesen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
55	Wir beantragen eine externe Untersuchung der Prozesse und Strukturen innerhalb der Verwaltung für einen gezielteren, optimierten Personaleinsatz.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Die Organisationsabläufe innerhalb der Stadtverwaltung werden kontinuierlich intern oder durch Externe untersucht (OE-Untersuchungen). Diese OE-Untersuchungen sind punktuell und bedarfsbezogen. Aktuell werden die Abteilungen 350 (Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung) und 245 (Baubetrieb) untersucht. Mittel sind im Haushaltsentwurf 2024/2025 dafür enthalten. Für 2024 ist zusätzlich die Einrichtung von Qualitätszirkeln vorgesehen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
56	Wir beantragen nach der Sanierung der Schöllkopfstraße, an dieser	Christliche Initiative	IWU	Gesundes und sicheres Leben / Mobilität und	Für den Doppelhaushalt 2024/25 sind keine entsprechenden Mittel eingeplant. Eine Installation wird nach der Neugestaltung geprüft.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	Straße die Installation einer neuen Radaranlage zu prüfen.	Kirchheim (CIK)		Versorgungsnetze		weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
57	Wir fordern die Verwaltung auf, aufzuzeigen was getan wird, um in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen Aufenthaltsplätze zu fördern.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	Die Stadtverwaltung ist im regelmäßigen Austausch mit BePart!, Linde, Brückenhaus, KIZ und den Streetworkern, wo auch Begegnungsorte und Aufenthaltsplätze für Jugendliche und junge Erwachsene thematisiert werden. Ebenfalls sind dies bei Jugendhearings und Jugendkonferenzen Themen. Eine Berücksichtigung von Plätzen für Jugendliche wird auch in der Spielplatzkonzeption aufgegriffen, bei der u.a. auch BePart! beteiligt ist. Aktuell werden beispielsweise in den Osterferien 2024 weitere Steine als Sitzmöglichkeiten im Bikepark in Absprache mit den Jugendlichen gesetzt.	Zusage der Verwaltung, dass im 1. Quartal 2024 über den aktuellen Stand der Gespräche und Planungen im Ausschuss für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB) berichtet wird.	
58	Wir beantragen die Fortführung des Jugend-Hearings und unbedingt eine Auswertung und Feedback an die Teilnehmer der Veranstaltung.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	Das Jugendhearing und die Jugendkonferenzen finden alle 1-2 Jahre statt. Aus organisatorischen Gründen und personellen Ressourcen kann es sein, dass diese nur alle 2 Jahre stattfinden. Die nächste Jugendkonferenz findet im Herbst 2024 statt. Im ersten Halbjahr sind verschiedene Veranstaltungen zur Europa- und Kommunalwahl geplant. Feedback an die Teilnehmer zur Umsetzung von Ideen, die aus dem Jugendhearing oder der Jugendkonferenz stammen, erfolgen, sofern die Umsetzung durch BePart! erfolgen kann, direkt. Bei Feedback von Ideen, die durch die Stadtverwaltung umgesetzt werden sollen, wird zukünftig ein „Feedback-Umsetzungstermin“ nach 6 Monaten festgelegt, zu dem die Teilnehmer aus Gemeinderat und Stadtverwaltung von BePart! eingeladen werden. Konkrete Vorschläge werden auch unabhängig von der Stadtverwaltung umgesetzt, bspw. der Sportnachmittag am Schlossgymnasium.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
59	Wir beantragen, dass die MitarbeiterInnen von Kindertageseinrichtungen der Stadt gemeinsame Schulungen mit dem pädagogischen Fachpersonal der freien Träger und des Tageselternverein durchführen. Dies soll dem Austausch und der Zusammenarbeit dienen.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	Bildung	Die Kooperation und Zusammenarbeit mit den Freien Trägern von Kindertageseinrichtungen wird besonders seit 2022 nochmals in den Blick genommen. Insbesondere beim Thema Fortbildungen und Unterstützung in pädagogischer Arbeit sieht die Verwaltung Möglichkeiten der Kooperation. Beispielsweise sind die Leitungen der freien Kitas zum pädagogischen Tag am 26.02.24 zum Thema gelingende Inklusion in Regeleinrichtungen eingeladen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

60	Wir beantragen ein Konzept für eine Kirchheimer FreiwilligenCard als Form der Anerkennung für ehrenamtlich Engagierte, am Beispiel der Stadt Ulm, zu entwickeln.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	<u>Pilotphase Ehrenamtskarte in Ba-Wü</u> Seit Frühjahr 2023 wird in Baden-Württemberg in Freiburg, Ulm, dem Landkreis Calw und dem Ostalbkreis eine Ehrenamtskarte getestet. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die landesweite Einführung einer Ehrenamtskarte noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Pilotphase dauert bis Mitte 2024. <u>Ehrenamtskarte in Kirchheim unter Teck</u> In Kirchheim unter Teck wurde die Einführung einer Ehrenamtskarte erwogen, jedoch sind regionale Vergünstigungen begrenzt. Eine Anfrage an den Cityring bezüglich Vergünstigungen im Einzelhandel wurde im April 2023 gestellt, jedoch abschlägig beantwortet, mit der Begründung, dass andere Städte vorwiegend kulturelle Vergünstigungen anbieten. <u>Empfehlung der Stadtverwaltung</u> Die Empfehlung der Fachstelle BE lautet, eine Kopplung mit der landesweiten Ehrenamtskarte, die möglicherweise im Jahr 2025 eingeführt wird mit einer zusätzlichen Erweiterung um Benefits, die auch für Jugendliche interessant wären (Einbindung von BePart!). Durch die Integration von Logo und Kriterien würde dies zu einem umfassenden Angebot führen. Daher wird empfohlen, auf die Einführung zu warten. Dieser Schritt ermöglicht eine sinnvolle Verknüpfung von lokalen und landesweiten Initiativen zur Anerkennung ehrenamtlichen Engagements.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
61	Wir beantragen zu prüfen, ob die Stadt eine Verleih-Plattform für Dinge des privaten Haushalts anbieten kann (z.B. Anhänger, Bohrhammer, Rasentrimmer, etc.) mit den Rubriken „Suche“ und „Biete“.	Christliche Initiative Kirchheim (CIK)	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Die Stadt schätzt den Aufwand, der mit der inhaltlichen Überprüfung der Einträge entsteht als hoch ein, wenn eine Verleihplattform auf einer der webbasierten Kanäle der Stadt erstellt werden soll. Hierzu sind keine Personalkapazitäten vorhanden. Die Idee wird jedoch gerne beim nächsten Treffen der Agendagruppen eingebracht und eine entsprechende Umsetzung unterstützt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
62	Die Stadt verstärkt ihre Bemühungen, Fachkräfte in den Bereich Pflege sowie im Kita-Bereich durch das Angebot von Wohnmöglichkeiten in der Stadt zu gewinnen.	Die Linke	BSB	Bildung	Auf die lfd. Nr. 8 wird verwiesen. (Hinweis: im Bereich Pflege ist die Stadt nicht primär verantwortlich, sondern er jeweilige Träger).	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

63	Haushalten in Kirchheim wird der Strom nicht gesperrt, auch wenn die Rechnung nicht bezahlt wurde.	Die Linke	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	Entstehen Stromschulden wird bei drohender Stromabschaltung der Kunde durch die EnBW per Flyer informiert und es erfolgt ein Kundenbesuch bei dem auf die Hilfsmöglichkeiten durch den kommunalen Sozialen Dienst hingewiesen wird. Die Informationsweitergabe an den kommunalen Sozialen Dienst basiert auf einer Einverständniserklärung. Sind minderjährige Kinder im Haushalt und wird die Einverständniserklärung verweigert, geht eine Meldung an den Sozialen Dienst. Dieser versucht seinerseits Kontakt aufzunehmen und kann innerhalb von 4 Wochen zusammen mit den Betroffenen auf den jeweiligen Sozialleistungsträger zugehen und die darlehensweise Übernahme oder eine Ratenzahlung der Stromschulden klären. Bei fehlender oder mangelnder Kooperation durch die Betroffenen muss durch den kommunalen Sozialen Dienst abgewogen werden, ob Maßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls notwendig werden. Eine generelle Übernahme der Stromschulden durch die Stadtverwaltung wird abgelehnt	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
64	Die Stadt beschließt, die bestehende Sozialbauverpflichtung auf 40 Jahre zu verlängern	Die Linke	IWU	Wohnen und Quartiere	Die Verwaltung arbeitet derzeit an der Überarbeitung der derzeitigen Sozialbauverpflichtung. Neben der auch inzwischen nach dem Landeswohnbauförderprogramm verlängerten Förderungsmöglichkeit bei einer 40 Jahre langen Bindung sollen auch andere Themen wie Beiträge zur sozialen Infrastruktur oder die Abtretung öffentlicher Grünflächen / Spielplätze einfließen. Die Verwaltung wird dem Gemeinderat das Konzept im Jahr 2024 vorlegen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
65	Um leerstehende Wohnungen in Kirchheim unter Teck wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen, betragen wir, wird eine Satzung zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Leerstand) nach dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz -ZwEWG vom 19.Dezember 2013 ausgearbeitet und zur Abstimmung gestellt.	Die Linke	IWU	Wohnen und Quartiere	Nachdem die Stadt Kirchheim unter Teck inzwischen als Stadt mit Wohnraumangel klassifiziert ist, kann eine Satzung zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum nach ZwEWG grundsätzlich erlassen werden. Aufgrund der eigenwirtschaftlichen Lage und steigender Baukosten in Verbindung mit steigenden Zinsen ist auch die Versorgung mit günstigem Wohnraum derzeit gefährdet. Laut gesetzlicher Definition betrifft die Zweckentfremdung von Wohnraum - die Umnutzung von Wohnraum zu Gewerbe - einen Umbau mit der Folge einer unmöglichen Wohnnutzung - eine dauerhafte Beherbergungsnutzung - einen über 6 Monate dauernden Leerstand - und den (nicht konstruktiv bedingten) Abbruch von Wohnraum	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Die Verwaltung wird das Thema in Anbetracht der nochmals verschärften Situation auf dem Bausektor prüfen und dem Gemeinderat in 2024 Bericht erstatten.		
66	Wir beantragen, die Schulsozialarbeit an den Kirchheimer Schulen weiter auszubauen, indem auf der Basis einer Sozialindex-basierten Ressourcenzuweisung die Kapazität erweitert wird. An den kritischen Standorten ist eine Erhöhung der Personalstellen mit einem Schlüssel von einer Stelle auf 150 Schüler*innen anzuheben.	Die Linke	BSB	Bildung	In den Kirchheimer Schulen gibt es eine Durchmischung verschiedener Sozialmilieus. Die Abteilung Bildung sieht keine besonders kritischen Standorten im Vergleich zu anderen Schulen. Das Thema wird auch immer wieder mit den Schulleitungen thematisiert. Im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt Kirchheim unter Teck ist eine Anhebung des Schlüssels in der Schulsozialarbeit von einer Stelle auf 150 Schüler derzeit nicht möglich. Derzeitiger vom Gemeinderat beschlossene Berechnungsgrundlage für die Stellenumfänge in der Schulsozialarbeit: - Weiterführende Schulen: 100 % Sockel bis einschließlich 3-zügig in allen Jahrgängen zzgl. 25 % ab dauerhaft 4-zügig in allen Jahrgängen zzgl. 25 % ab dauerhaft 5-zügig in allen Jahrgängen - Grundschulen 50 % Sockel ggf. zuzüglich weiterer Prozente aufgrund der Punktzahl: • 2 - 3 Punkte: 25% zusätzlicher Stellenumfang • 4 Punkte: 25% zusätzlicher Stellenumfang Zusätzliche Punkte gibt es für: • 1 Punkt ab dauerhaft 3-zügig in allen Jahrgängen • 1 Punkt bei einer Betreuungsquote in der Ganztags-/Kernzeitbetreuung > 66 % von der Gesamtschüler:innenzahl • 1 Punkt bei Vorbereitungsklassen (VKL) am Standort (nicht je VKL, sondern einmalig) • 1 Punkt bei besonderem Förderbedarf (Grundschulförderklasse, Leseklasse, o.ä.) am Standort (nicht je Klasse, sondern einmalig) Somit ergeben sich folgende mögliche Stellenumfänge bei den Grundschulen: • Sockel: 50 % Stellenumfang • Sockel und 2 – 3 Punkten: 75 % Stellenumfang • Sockel und 4 Punkten: 100 % Stellenumfang	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
67	Wir beantragen, zivilgesellschaftlichen, kulturellen und politischen	Die Linke	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und	Öffentliche Räume werden auch gegenwärtig für ehrenamtlich arbeitende zur Verfügung gestellt. So können etwa Vereinssitzungen, Proben oder Arbeitstreffen in der alten Teck-	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	Initiativen und Organisation öffentliche Räume für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung zu stellen. In den Quartieren, in denen dies kurzfristig nicht möglich sein sollte, sollen die Schulen außerhalb der Unterrichtszeit für die genannten Gruppen genutzt werden können.			bürgerschaftlich es Engagement	Realschule, im Technischen Zentrum oder im Büchereisaal und an anderen Orten durchgeführt werden. Die Bedarfe müssen der jeweiligen Abteilung gemeldet werden → Sport und Bildung (Abt. 320) Soziales (Abt. 330) und Kultur (Abt. 340). Sodann werden die Bedarfe zwischen der betroffenen Abteilung und dem SG 241 abgestimmt.	weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
68	Wir beantragen, einen Pilotversuch für zu starten: Menschen, die ihren Führerschein abgeben oder junge Menschen ab 18 Jahren, die gar nicht erst den Führerschein erwerben, erhalten ein ermäßigtes Deutschland-Ticket. Die Ermäßigung sollte mindestens 20 Euro pro Person betragen und die Verpflichtung sollte 12 Monate nicht unterschreiten.	Die Linke	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Ein solches Angebot für Senioren ab 65 Jahre gibt es bereits seit 01.12.2021 im Landkreis Esslingen. https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/fuehrer-schein-gegen-jahresticket-tauschen/ Eine Übertragung auf Menschen über 18 Jahren wird für nicht umsetzbar gehalten.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
69	Die Stadt nutzt Carsharing und stellt in Kooperation mit einem Carsharing-Anbieter an den zentralen Verwaltungsstandorten mindestens ein Auto zur Verfügung. Außerhalb der Geschäftszeiten werden die Fahrzeuge dem öffentlichen Carsharing zur Verfügung gestellt. So wird das Carsharing-Angebot der Stadt erweitert und die eigenen Kosten der Stadt für die Nutzung des Carsharings gesenkt.	Die Linke	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Carsharing stellt ein wichtiges ergänzendes Mobilitätsangebot dar und sollte weiter ausgebaut werden. Kombinationsmodelle sollen in diesem Zusammenhang geprüft werden. Das im Antrag beschriebene Modell wurde vor über 10 Jahren mit dem Verein Stadtmobil eingeführt, aber mangels Erfolges wiedereingestellt. Eine Neuaufnahme wird geprüft.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
70	Wir beantragen, bei der aktuellen Umgestaltung der Bushaltestellen neben der Herstellung der Barrierefreiheit auch eine Überdachung gegen Hitze und Regen und Beleuchtung vorzusehen.	Die Linke	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze/ Klimaschutz, Klimafolgenanp	Regulär sind in der Planung zum Umbau in barrierefreie Bushaltestellen immer Buswartehallen vorgesehen. Nur wenn aus den Platzgründen das Aufstellen einer Wartehalle nicht möglich ist, wird auf diese verzichtet.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

				assung und Energie		6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
71	Wir beantragen, dass ein barrierefreier Zugang zu öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates sichergestellt wird. Als Übergangslösung beantragen wir die öffentliche Übertragung, Aufzeichnung und Archivierung des öffentlichen Teils der Rats- und Ausschusssitzungen in Kirchheim unter Teck. Zeitangaben in den Protokollen ermöglichen die gezielte, selektive Ansteuerung einzelner Tagesordnungspunkte in den Video-Aufzeichnungen.	Die Linke	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Bereits im Jahr 2021 hat die Geschäftsstelle Gemeinderat ein Konzept zum Livestreaming aus Sitzungen entworfen und mit der Sitzungsvorlage GR/2021/117 in den Gemeinderat zur Beschlussfassung eingebracht. Dem grundsätzlichen Konzept hat der Gemeinderat 2021 zugestimmt und die weiteren Schritte zur Einführung wurden von der Geschäftsstelle Gemeinderat umgesetzt. Wichtigste Voraussetzung für das Livestreaming ist, dass alle Ratsmitglieder schriftlich dem Streaming zustimmen. Diese Voraussetzung wurde leider nicht erfüllt. Aus diesem Grund wurde kein Streaming für die Sitzungen vorgesehen und auch für den nächsten Doppelhaushalt keine Haushaltsmittel für Livestreaming aufgenommen. Sofern Sitzungen in der Stadthalle stattfinden, so sind diese auch barrierefrei (im Unterschied zum großen Sitzungssaal).	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
72	Sozialer Wohnungsbau im Güterbahnhof-Areal in Kirchheim-Ötlingen und keine Vergabe an private Investoren.	Die Linke	IWU	Wohnen und Quartiere	Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation hat die Stadtverwaltung vorgeschlagen, das Vorhaben Güterbahnhof Ötlingen durch private Investoren zu prüfen. Die Gespräche laufen derzeit noch. Die Verwaltung wird dem Gemeinderat Anfang 2024 einen Vorschlag zur Entwicklung des Areals machen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
73	Installation einer Anforderungsampel (Druck-Ampel) über die Einsteinstraße von der Albert- Schweizer-Straße auf den Rad- und Fußweg entlang der Eisenbahnschienen.	Die Linke	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen, da kein Bedarf vorhanden ist.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
74	Ausbau der Barrierefreiheit für Fußgänger und Menschen mit Handicap an diesen Abschnitten: Konzept zur barrierefreien Querung des Schlossplatzes über den bisherigen Streifen an der Schlossmauer hinaus.	Die Linke	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Die Konzeption für die verbesserte barrierefreie Querung des Schlossplatzes kann aufgrund der derzeitigen Personallänge nicht bearbeitet werden. Die Armbruststraße ist in einem baulich schlechten Zustand. Von der Verkehrsbedeutung her aber untergeordnet. Daher ist das Ergebnis der Straßensanierungskonzeption abzuwarten. Für den Fall, dass die Verkehrssicherheit nicht gegeben ist, wird wie andernorts auch akut gehandelt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	Die Sicherstellung der barrierefreien Begehrbarkeit der unteren Armbruststraße (zwischen Hindenburg- und Dettinger Straße).						
75	Die Schulhöfe in Kirchheim werden ökologisch aufgewertet. Je Doppelhaushalt wird der Umbau mindestens auf einem Schulhof umgesetzt.	Die Linke	IWU	Bildung/ Umwelt- und Naturschutz	Im Haushalt sind pauschale Mittel zur ökologischen Aufwertung von Grünflächen in Höhe von 20.000 Euro enthalten. Die Mittel wurden bereits in der Vergangenheit auch zur Entsiegelung und Bepflanzung von Schulhöfen verwendet. Weitere Mittel zur ökologischen Neugestaltung von Schulhöfen wurden aus finanziellen Gründen nicht in den Haushalt aufgenommen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
76	Barrierefreies WC (Damen) an der Aussegnungshalle auf dem Friedhof Ötlingen, sowie barrierefreies WC (Herren) an der Aussegnungshalle auf dem Friedhof Ötlingen > Planung, Kostenermittlung und Umsetzung Kostenschätzung der Verwaltung aus 2019 mit je 15.000,-€ liegt vor Lt. Stellungnahme der Verwaltung sollte die Ausführung in 2021/2022 erfolgen. Bis jetzt ist nichts passiert? Sind die Gelder im Haushalt eingestellt? Wenn nicht > Antrag!	OR Ötlingen	IWU	Moderne Verwaltung und Gremien	Die Maßnahme wird entsprechend der Personalkapazität und den vorhandenen Möglichkeiten umgesetzt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
77	Hochwasserschutzmaßnahmen : Durchführung weiterer Maßnahmen (Kurzschluss, Setzbecken, Pegelalarm) und Prüfung von Zuschussmöglichkeiten	OR Ötlingen	IWU	Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energie	Für die Planung und den Bau des Kurzschlusses Dupiggraben in die Lauter sind im Haushaltsentwurf 2024/ 2025 Mittel in Höhe von 150.000,- Euro eingestellt. Erste Ergebnisse der Hydraulischen Berechnungen liegen vor. Die Planung für einen Grobrechen und Schaffung eines Rückhalteraaumes vor der Dupiggrabenverdolung sind beauftragt. Erforderliche Vermessungsarbeiten sind hierzu bereits erfolgt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Am Dupiggraben wurden im Mai 2023 zwei Warnpegel installiert. Diese befinden sich aktuell noch in der Testphase. Sobald Fehlalarme weitestgehend ausgeschlossen werden können, kann der Betrieb aufgenommen werden (voraussichtlich Ende 2023). Die Zuschussmöglichkeiten werden grundsätzlich bei allen Gewässerbau- und Hochwasserschutzmaßnahmen geprüft.		
78	Ötlinger Nachrichten: > in 2024 übernimmt der Teckbote die Kosten für Druck und Verteilung für eine vierteljährliche Ausgabe, für 2025 müssen dafür 3.000 € in den Haushalt eingestellt werden. Für redaktionelle Arbeiten soll eine geringfügige Beschäftigung (Minijob) geschaffen werden. Kosten von 7.800 €/Jahr (520 € x 12 zzgl. Pauschalabgaben). Miteinstellung von 7.800 € in 2024 und 7.800 € in 2025	OR Ötlingen	BSB	Moderne Verwaltung und Gremien	Die benötigten Sach- und Personalmittel wurden für den Haushaltsentwurf 2024/2025 aufgenommen. Die Einführung soll vorerst auf 2 Jahre befristet werden. Mittels einer Evaluation nach 2 Jahren soll über die Fortführung des Mitteilungsblattes entschieden werden. Voraussetzung für die Wiedereinführung der Ötlinger Nachrichten ist die Einstellung einer Person auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung. Diese Stelle wird sowohl für den Einführungsprozess als auch für redaktionelle Aufgaben benötigt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
79	Schaffung von Kindergartenplätzen: Mittelanmeldung für Neubau Uracher-Kindergarten (5gruppig in einem Zug), Zeitplan für die weitere Planung erstellen, in Verbindung mit dem Neubaugebiet Güterbahnhof/Reutlinger Straße, damit die Kinder der dort einziehenden Familien, sowie andere Bedarfe von Ötlingen ortsnahe gedeckt werden können.	OR Ötlingen	BSB	Bildung	Aus finanziellen Gründen kann die Maßnahme im Doppelhaushalt 2024/ 2025 nicht aufgenommen werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
80	Platzgestaltung am Ginsterweg: Miteinstellung für die aus der Einwohnerbeteiligung entstandene Entwurfsplanung	OR Ötlingen	IWU	Wohnen und Quartiere	Die Mittel zur Herstellung der in der Bürgerbeteiligung abgestimmten Planung sind im Haushaltsplanentwurf 2024/ 2025 enthalten. Die Planung soll in 2024 erfolgen und die Baumaßnahme in 2025 ausgeführt werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

81	Feuerwehr-Magazin Ötlingen (Stuttgarter Str. 159) > Mittel für Planung (unter Einbeziehung der Feuerwehrabteilung Ötlingen)	OR Ötlingen	IWU	Gesundes und sicheres Leben	Aus personellen und finanziellen Gründen kann die Maßnahme im Doppelhaushalt 2024/ 2025 nicht aufgenommen werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
82	Da der Ökologische Umbau Parkplatz „Rübholz“ im Moment finanziell nicht möglich, sollen die Parklinien neu gezogen werden.	OR Ötlingen	IWU	Mobilität und Versorgungsnet ze	Die Gesamtkosten wurden in 2023 bereits ermittelt. Aktuell stehen keine Mittel im Unterhalt für die Linierung zur Verfügung. Die Linierung soll sukzessive, entsprechend den im Haushalt vorhandenen Mitteln erneuert werden. Eine erste Teilfläche soll 2024 umgesetzt werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
83	Da Modernisierung der Beleuchtung am Parkplatz „Rübholz“ im „großen Stil“ im Moment nicht finanzierbar ist, soll geprüft werden, ob eine kleine Maßnahme durch die Beschaffung von effektiveren Scheinwerfern der zwei Lichtmasten für eine bessere Beleuchtung des Parkplatzes möglich ist.	OR Ötlingen	IWU	Mobilität und Versorgungsnet ze	Es wird zugesichert, dass die Ausleuchtung der Zuwegung und des Parkplatzes geprüft wird. Sollte eine unzureichende Beleuchtung gegeben sein, werden Maßnahmen geplant und Kosten ermittelt. Eine Finanzierung könnte dann im Nachtragshaushalt 2025 beantragt werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
84	Mitteleinstellung für eine Verkehrs- und Mobilitätsanalyse welche vornehmlich die Isolde-Kurz-Straße, Haldenstraße und Warth umfasst. Folgende Aspekte sollen dabei Berücksichtigung finden: Instandsetzung Isolde-Kurzstraße als Haupteinkaufsstraße Alters der Kanalisation und Wasserleitungen Radwegführung/-netz Verkehrsberuhigung Motto „Sicherer Fußgänger“ Umfahrungsverkehr Halt des LEXbusses	OR Ötlingen	IWU	Mobilität und Versorgungsnet ze	Eine gesamthafte Betrachtung der Situation kann auf Antrag aus dem Ortschaftsrat im Jahr 2024 angegangen werden. Die Radwegführung wird im Rahmen des aktuell und im kommenden Jahr zu erstellenden Radroutenkonzeptes behandelt. Für den Expressbus X10 wird ein ergänzender Halt in der Ortsdurchfahrt verfolgt und wurde beim VVS bereits angemeldet. Die Themen des zu Fuß Gehens sollen im Rahmen eines Fußverkehrschecks behandelt werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

85	Mitteleinstellung für eine Sozialraumanalyse, welche die Platzgestaltung südlich Rathaus, das Haus der Vereine, Apothekegebäude, Freiplatz neben Uracher Kindergarten und Bahnhofgebäude umfasst. Inhaltlich soll einfließen welche Bedarfe abgedeckt werden sollen, z. Bsp., Wochenmarkt, Arztpraxis, Räumlichkeiten für Check In und TRIB, Skaterplatz, Belegung Haus der Vereine, Nutzung der entstehenden Freifläche zwischen Peter und Paul und Neubau Uracher Kindergarten, etc.	OR Ötlingen	BSB	Gesellschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement	Für die Sozialraumanalyse sind Mittel in den Haushalt eingestellt. Der Fokus der Sozialraumanalyse ist die Ortsmitte Ötlingen. Der Inhalt der Sozialraumanalyse wird mit dem Ortschaftsrat Ötlingen abgestimmt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
86	Ertüchtigung der Bolzplätze in der Halde und in der Warth	OR Ötlingen	BSB	Kultur, Sport und Freizeit	Aktuell wird die Spielplatzentwicklungskonzeption erstellt. Die Anregung wird in die weitere Ausarbeitung aufgenommen und geprüft. Die Spielplatzentwicklungskonzeption soll im Frühjahr 2024 abgeschlossen und die Ergebnisse dem Gemeinderat im 2. Quartal 2024 präsentiert werden. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt über die Priorisierung aus der Spielplatzentwicklungskonzeption.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
87	Im Stadtteil Jesingen ist entsprechend des Straßenzustandsberichtes eine schlechte Straße zu ertüchtigen	OR Jesingen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetz	Auf die lfd. Nr. 32 wird verwiesen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
88	Seit Jahren wird die Ertüchtigung von Feldwegen gefordert. Hier soll an oberster Priorität der Feldweg vom Gewinn Hartenmorgen in Richtung Ried/Vögeleshaupt saniert werden. Die Jesinger Landwirte würden den Weg im Gewinn Mannsberger zum	OR Jesingen	IWU	Mobilität und Versorgungsnetz	Für den Ortsteil Jesingen wird derzeit ein Feldwegekonzept erstellt, welches voraussichtlich in 2024 dem Ortschaftsrat und Gemeinderat vorgestellt wird. Dieses Konzept ist Grundlage für die Mittelbereitstellung der im Konzept priorisierten Feldwegeertüchtigungen in den folgenden Jahren. Mit der Feldwegekonzeption besteht die Möglichkeit einer Zuschussgewährung für Feldwegemodernisierungen. Eine Ertüchtigung von öffentlichen Feldwegen über die Jesinger Landwirte lehnt die Stadtverwaltung aufgrund der Einhaltung	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	Predigtstuhl unter Übernahme der Material- und Spritkosten ertüchtigen.				der technischen Regelwerke, Gewährleistungsansprüche u.a. ab.		
89	Parkplatz Oberer Wasen: Wir beauftragen die Verwaltung, eine vollständige Planung zu erstellen	OR Nabern	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Eine Konzeption/ Vorentwurfsplanung wurde im Vorfeld der Teilflächensanierung in 2023 erstellt und mit der Ortsverwaltung abgestimmt. Aus finanziellen Gründen wurde die Umsetzung nicht in den Haushalt aufgenommen. Daher ist eine Ausarbeitung der Planung zum Entwurf aus Sicht der Stadtverwaltung nicht notwendig.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
90	Landessanierungsprogramm: Wir bitten die Verwaltung, die Aufnahme in ein alternatives Förderprogramm zum Landessanierungsprogramm zu prüfen.	OR Nabern	IWU	Wohnen und Quartiere	Die Verwaltung hat die Rahmenbedingungen für das Förderprogramm „Lebendige Ortsmitten“ geprüft. Gefördert werden hiernach im Wesentlichen Maßnahmen - zum Um- und Rückbau innerörtlicher Straßen - zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität (Beläge, Mobiliar, Bepflanzung) - zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs - Vermietung temporärer („pop up“) – Ausstattungsgegenstände. Die Fördersumme beträgt nach dem LGVFG 50% der zuwendungsfähigen Bau- und Grunderwerbskosten (75% bei besonders klimafreundlichen Projekten) und 10% der Planungskosten. Das Programm bietet sich nach Auffassung der Verwaltung für die Ortsmitte im Bereich des Rathauses und eine Wegeverbindung in Richtung Braike an, die im Rahmen eines Bürgerworkshops in den Jahren 2016/17 bereits diskutiert und positiv bewertet wurden. Eine Antragstellung ist jeweils zum Ende des 3. Quartals für das Folgejahr möglich. Das bedeutet, dass im Jahr 2024 eine Planung mit Kostenschätzung erstellt werden müsste, welche wiederum im Rahmen des Nachtragshaushaltes für 2025 anzumelden wäre. Im Ergebnis wäre bei diesem Verlauf eine Antragstellung im 3. Quartal 2025 für das Umsetzungsjahr 2026 möglich.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
91	Herstellung Rasengrab: Im Zuge der Friedhofsentwicklungskonzeption bitten wir die Verwaltung, die Einführung von	OR Nabern	IWU	Moderne Verwaltung und Gremien	Die Verwaltung sieht aufgrund der gehäuften Anfragen die Notwendigkeit zur Schaffung von pflegeleichten Grabarten. Im Zuge der Friedhofsentwicklungskonzeption für den Alten Friedhof und den Waldfriedhof wird auch das Thema Bestattungsform diskutiert. Im Zuge der Schaffung einer neuen	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

	Erdrasengräbern als Bestattungsform auf dem Naberner Friedhof voranzutreiben und umzusetzen.				Gemeinschaftsgrabanlage sollen auch Erdgräber in diese integriert werden. Die Mittel zur Erstellung der neuen Gemeinschaftsgrabanlage in Nabern sind im Haushalt 2024 aufgenommen.	Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
92	Instandsetzung Friedhofsvorplatz: Wir bitten die Verwaltung, die benötigten Mittel aufzunehmen, um den Friedhofsvorplatz in Nabern zu ertüchtigen – insbesondere unter Berücksichtigung der Belange älterer und körperlich eingeschränkter Bürgerinnen und Bürger.	OR Nabern	IWU	Moderne Verwaltung und Gremien	Die Verwaltung hat die Situation vor Ort überprüft und sieht nicht die Notwendigkeit einer Instandsetzung des Friedhofsvorplatzes.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
93	Erneuerung der Radaranlage an der Reuderner Straße.	OR Lindorf	IWU	Gesundes und sicheres Leben	Erfolgt Ende 4. Quartal 2023.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
94	Anbringen einer Radaranlage am Ortseingang Zähringer Straße.	OR Lindorf	IWU	Gesundes und sicheres Leben	Die Installation einer Radaranlage am Ortseingang Zähringer Straße ist aktuell nicht geplant. Es werden temporär Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
95	Überarbeitung der Ampelanlage in der Reuderner Straße inklusive Installation einer geschwindigkeitsabhängigen Ampelsteuerung.	OR Lindorf	IWU	Mobilität und Versorgungsnetze	Mit Installation der Radaranlage in der Reuderner Straße ist die zusätzliche Geschwindigkeitsüberwachung sichergestellt und eine Erneuerung nicht erforderlich.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
96	Anbringen eines Spielgeräts für kleinere Kinder am Eichwiesen Spielplatz	OR Lindorf	BSB	Kultur, Sport und Freizeit	Aktuell wird die Spielplatzentwicklungskonzeption erstellt. Die Anregung wird in die weitere Ausarbeitung aufgenommen und geprüft. Die Spielplatzentwicklungskonzeption soll im Frühjahr 2024 abgeschlossen und die Ergebnisse dem Gemeinderat im 2.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der	

Anträge Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2024/2025

					Quartal 2024 präsentiert werden. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt über die Priorisierung aus der Spielplatzentwicklungskonzeption.	Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
97	Installation einer Zähleranschlusssäule am Festplatz in der Lindorfer Ortsmitte zur reibungslosen und sicheren Stromversorgung bei Festen.	OR Lindorf	IWU	Mobilität und Versorgungsnetz	Aus finanziellen Gründen kann die Maßnahme im Doppelhaushalt 2024/ 2025 nicht aufgenommen werden.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
98	3 E-Ladesäulen in Lindorf – Unterstützung der Verwaltung bei der Suche nach Standorten und privatwirtschaftlichen Pächtern.	OR Lindorf	IWU	Mobilität und Versorgungsnetz	Zur Förderung der Elektromobilität soll der Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur von Seiten der Stadt begleitet werden. Bei Ladepunkten im öffentlichen Raum sollen Parkieranlagen sowie zentrale Standorte in die Betrachtung aufgenommen werden. Es werden erste Vorgespräche mit potenziellen Betreibern geführt. Die Stadt wird allerdings nicht als Betreiber von Ladeeinrichtungen auftreten	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
99	Klärung der Parksituation am Dorfplatz durch Anbringung von Pollern oder eines Parkverbots	OR Lindorf	IWU	Mobilität und Versorgungsnetz	Parkverbot wird im Rahmen der Verkehrsschau geprüft. Insbesondere durch welche Maßnahme das Parkverbot am besten durchgesetzt werden kann. Zum Termin wird der Ortsvorsteher eingeladen.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	
100	Darlegung der vorhandenen Lärmpegel bzw. Lärmbelästigung	OR Lindorf	IWU	Gesundes und sicheres Leben	Die Lärmkarten wurden von der LUBW im Oktober vorgelegt. Im Zusammenhang mit dem Lärmaktionsplan werden mit der nächsten Bearbeitungsstufe die Gremien über den Sachstand informiert. Schon jetzt arbeitet die Verwaltung an einem Tempolimit auf der Autobahn.	Auf die Stellungnahme der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge zur weiteren Behandlung in der Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2023/152 bzw. Spalte 6 dieser Tabelle wird verwiesen.	